

Rede des Landrats zur Einbringung des Kreishaushalts 2014 in der Kreistagssitzung am 19. November 2013

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Entwurf des Kreishaushaltsplans 2014 sieht in **Einnahmen und Ausgaben rund 290 Mio. Euro** vor. Dies sind erneut 17 Mio. mehr als im vergangenen Jahr, sodass Sie den Kreishaushalt mit dem bisher größten Volumen, das er jemals hatte, vor sich liegen haben. Erfreulich ist vor allem, dass die **Investitionen**, die wir tätigen können, **mit 30 Mio. Euro** ebenfalls eine erfreuliche Höhe erreicht haben. Und nachdem ich Ihnen bereits im vergangenen Jahr eine Kreisumlagesenkung um drei Prozentpunkte vorgeschlagen habe, schlägt die Kreisverwaltung Ihnen nunmehr vor, diese nochmals um 1,5 Prozentpunkte zu senken. Dies bedeutet, dass wir in den Jahren 2013 und 2014 die Städte und Gemeinden im Landkreis um insgesamt über 10 Mio. Euro entlastet haben werden. Dank des hervorragenden Jahresergebnisses 2012, dessen Überschuss mit über 12 Mio. Euro wir in die allgemeine Rücklage haben buchen können, gelingt es uns jedoch, den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben erneut **ohne Neuverschuldung** auszugleichen. Im Gegenteil: Zusätzlich zu den ordentlichen Tilgungen in Höhe von knapp 3 Mio. Euro wollen wir auch die letzte Rate des inneren Darlehens in Höhe von 2,3 Mio. Euro zurückzahlen, sodass die **Verschuldung des Landkreises um über 5 Mio. Euro zurückgehen** wird. Das ist schön, aber auch noch kein Grund zum Jubeln: Der Bodenseekreis ist nach wie vor über dem Durchschnitt der Landkreise in Baden-Württemberg verschuldet. Wir werden hier uns also auch in Zukunft anstrengen müssen, um die Verschuldung des Landkreises weiter zu reduzieren und damit künftige Generationen zu entlasten.

Kenner des Kreishaushaltes verwundert es nicht, dass auch im kommenden Jahr der **Sozialetat der größte „Brocken“** im Kreishaushalt darstellt. Erfreulich ist allerdings zu vermerken, dass der **Zuschussbedarf im Sozialhaushalt mit knapp über 80 Mio. Euro** praktisch gleich geblieben ist. Zu verdanken ist dies vor allem dem Umstand, dass die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Versprechen einlöst, das einst der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder gegeben hat: Die Regierung Schröder hatte vor Einführung der **Grundsicherung im Alter** zum 1. Januar 2003 versprochen, dass dadurch die kommunalen Kassen nicht belastet würden. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Ab 2014 wird der Bund diese Position nun komplett an die Landkreise erstatten, was uns eine erhebliche Entlastung um bringt. Erfreulich ist auch, dass bei den Koalitionsverhandlungen für die neue Bundesregierung klare Signale ausgesendet wurden, dass der Bund auch in die **Finanzierung der Eingliederungshilfe für behinderte Mitmenschen** einsteigen wird. Dies ist in der Tat das Gebot der Stunde. Die Kosten im Behindertenbereich sind in den vergangenen Jahren ebenso deutlich angestiegen wie die Fallzahlen. Es wird auch für den Bund eine Herkulesaufgabe sein, diese Kostensteigerungen aufzufangen und die Mehrkosten den Landkreisen zu ersetzen. Ich bin dankbar, dass der bundespolitische Weg in diese Richtung geht.

Ich will gerne darauf hinweisen, dass wir angesichts der guten Haushaltslage uns im Moment durchaus einen respektablen Luxus leisten: Sie alle kennen die altbekannte Faustformel, dass der größte Einnahmeposten im Kreishaushalt, nämlich die Kreisumlage, in etwa den größten Ausgabeposten, nämlich den Zuschussbedarf im

Sozialhaushalt, abdecken sollte. Tatsächlich sieht der Kreishaushalt eine Einnahme aus der Kreisumlage in Höhe von 70,8 Mio. Euro vor, während der Zuschussbedarf im Sozialhaushalt knapp 81 Mio. Euro beträgt, also über 10 Mio. Euro mehr. Ob das auf Dauer so bleiben kann, wird die Zukunft zeigen.

Diese Zukunft hält neue Herausforderungen für uns bereit. Hierzu nenne ich das Stichwort **demografische Entwicklung**. Der Kreistag hat sich in einer Klausurtagung vor fast vier Jahren bereits intensiv mit den Herausforderungen der demografischen Entwicklung und ihren konkreten Auswirkungen vom Tourismus bis zur Altenpflege, von den Ausbildungsplätzen bis zum Städtebau beschäftigt. Ich will nur noch einige Stichworte wiederholen:

- Wir werden künftig weniger Menschen haben, die **durch Familienangehörige gepflegt** werden, weil es zum einen weniger Kinder gibt, die Ihre Eltern pflegen können, weil es andererseits durch die in der Arbeitswelt geforderten Mobilität aber auch nicht mehr den familiären Verbund gibt, wie er in früheren Zeiten vorhanden war.
- Wir werden die **Betreuungsangebote durch Ehrenamtliche** deshalb erhöhen müssen und für die Ausbildung und Betreuung dieser Ehrenamtlichen zusätzliche Mittel bereitstellen müssen.
- Die florierende Wirtschaft im Bodenseekreis wird **weniger junge Menschen** haben, die eine Ausbildung machen. Umso mehr wird es erforderlich sein, dass diejenigen, die auch bei uns bis heute noch auf der Strecke bleiben, an Arbeit herangeführt werden. Wir haben im Bodenseekreis immer noch eine überdurchschnittliche Schulabbrecherquote, was wir uns in der Zukunft nicht mehr leisten dürfen.

Herr Dr. Bürger hat gerade vorhin einige Hausaufgaben, die auf uns warten, deutlich beschrieben. Diesen Aufgaben müssen wir uns stellen. Entgegen meiner ursprünglichen Planung habe ich Ihnen im Haushaltsplan 2014 noch keinen konkreten Mittelansatz für diesen Bereich vorgeschlagen. Wir sind derzeit verwaltungsintern dabei, ein **Programm zur Demografieentwicklung** zu erarbeiten, das wir dem Kreistag zügig im kommenden Jahr vorlegen wollen. Je nachdem, zu welchen Maßnahmen sich der Kreistag entschließen kann, werden wir dann die Mittel bereitzustellen haben. Eines ist klar: Was ich hier skizziere, sind im Wesentlichen freiwillige Leistungen des Landkreises. Sie dienen aber entscheidend zur Prävention. Wenn wir dies nicht tun und nur hinterher - im Rahmen der gesetzlichen Notwendigkeiten - reparieren, so wird das nach meiner Einschätzung auf jeden Fall teurer.

Besonders erfreulich hat sich im sozialen Bereich die Situation auf dem Arbeitsmarkt entwickelt. Wir hatten im vergangenen Monat die **landesweit niedrigste Arbeitslosenquote**. Mit der Quote von Langzeitarbeitslosen, für die unser Jobcenter zuständig ist, liegen wir bereits **seit rund einem Jahr landesweit an der Spitze**. Das erfreulichste überhaupt ist aber, dass wir **praktisch keine Jugendarbeitslosigkeit** mehr im Landkreis haben. Als ich bei meinem Amtsantritt im Bodenseekreis zum ersten Mal die Zielsetzung **0% Jugendarbeitslosigkeit** gehört habe, habe ich dies nicht nur für ein ehrgeiziges Ziel, sondern doch eher für einen frommen Wunsch gehalten. Dieser Wunsch ist jetzt Wirklichkeit geworden. Mein Dank geht hier einmal mehr an die Kolleginnen und Kollegen im Jobcenter, die bei einem weiß Gott nicht einfachen Klientel eine hervorragende Arbeit leisten.

Im Verwaltungshaushalt darf ein Blick auf den **Personaletat** nicht fehlen. Ich gebe zu, dass wir hier dem Kreistag einiges abverlangen. Wir haben Ihnen im zu Ende gehenden Jahr einige personelle Maßnahmen bereits zur Entscheidung vorgelegt, etwa nach Abschluss der Organisationsuntersuchung im Hauptamt oder im Landwirtschaftsamt. Trotzdem müssen wir Ihnen aktuell einige zusätzliche Stellen zur Genehmigung vorlegen. Ich nenne beispielsweise die **Betreuungsbehörde**, die durch bundesgesetzliche Änderungen zusätzlich gefordert sein wird und auf die erheblicher zusätzlicher Aufwand zukommt. Ich nenne die untere Aufnahmebehörde, die durch die **Betreuung von Asylbewerbern** in besonderem Maße gefordert ist. Ich nenne aber auch das Kreiskulturamt, bei dem es darum geht, das vorhandene Vermögen in Form unserer Kreiskunstsammlung zu sichern und zu betreuen. Wir haben vorübergehend zusätzlichen Aufwand beim Abfallwirtschaftsamt durch die Einführung der neuen Abfallkonzeption. Hier verweise ich auf die umfassenden Vorlagen in den Ausschüssen und die Beratungsunterlagen im Entwurf des Haushaltsplans. Das alles tun wir nicht, um den Kreistag zu ärgern oder weil es uns im Moment gerade etwas besser geht. Nach den Vorstellungen mancher Ämter im Haus wären die Personalmehrungen noch stärker ausgefallen. Ich kann aber schlicht und einfach nicht darüber hinweg sehen, dass die **Gesetzgeber in Bund und Land durch neue Gesetze uns neue Aufgaben übertragen**, die von irgendjemandem auch erledigt werden müssen. Gott sei Dank bekommen wir die Kosten dafür wenigstens teilweise ersetzt. Ärgerlich ist im Moment noch die Kostentragung im Bereich der Asylbewerber. Hier steigen die Zahlen bekanntermaßen deutlich, der Betreuungsaufwand entsprechend. Leider ist im Moment das Land noch nicht bereit, die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir können andererseits aber die Menschen nicht ohne Betreuung lassen, sodass die Kreisverwaltung Ihnen vorschlagen muss, hier in Vorleistung zu gehen.

Dass wir dann, wenn Aufgaben wegfallen, aber auch Personal abbauen, zeigt ein Blick auf das Jobcenter. Leider sparen wir durch die eingesparten Stellen nicht wirklich im Personalhaushalt des Landkreises, weil diese Personalkosten durch den Bund getragen werden.

Kommen wir zu einem auf den ersten Blick eher theoretischen Teil in unserer Verwaltungsarbeit, der aber auf den zweiten Blick durchaus praktische Auswirkungen hat. Etwas Sorge bereitet mir das **Instrument der „Zielvereinbarungen“**. Seit einigen Jahren schließen die Landratsämter mit den Regierungspräsidien Vereinbarungen über die Ziele ab, die im Bereich der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde verfolgt werden sollen. Dieser Bereich betrifft eigentlich nicht die kommunale Selbstverwaltung und ist deshalb der Einwirkung des Kreistages entzogen. Andererseits ist nicht zu verkennen, dass manche Zielvorgaben, wie sie vom Land gemacht werden, durchaus Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben können. Lassen Sie mich es an einem Beispiel verdeutlichen: Das Land verfolgt seit geraumer Zeit das Ziel einer **Ausweitung der Kontrolle der Altenpflegeheime** in allen Land- und Stadtkreisen. Wenn wir das, was das Land will, tatsächlich umsetzen würden, hätte dies einen erheblichen Personalmehrbedarf zur Folge. Und da dieser nicht durch eine Gesetzesänderung, sondern durch eine Zielvereinbarung hervorgerufen wird, wird dadurch die Rechtsfolge der Konnexität - wer bestellt der bezahlt – auch nicht ausgelöst. Dementsprechend tue ich mich schwer, solche Zielvereinbarungen zu unterzeichnen, solange das Land das dafür notwendige Personal nicht bezahlt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Ziel der **Reduzierung des Flächenverbrauches**. Dieses wird nicht nur vom Land Baden-Württemberg, sondern auch von den Landkreisen als Genehmigungsbehörde für die Flächennutzungsplanungen der Verwaltungsgemeinschaften angestrebt – und zwar nicht erst seit gestern. Was nun aber von Seiten des Landes in Form der sogenannten „**Plausibilitätskriterien**“ hierzu vorgelegt wird, bedeutet für alle Beteiligten nicht nur einen erheblichen Mehraufwand im Rahmen der Bauleitplanung. Es bedeutet vor allem, dass die Entwicklung der Städte und Gemeinden in unserer Wachstumsregion deutlich behindert wird. Gemeinsam mit dem Städtetag, dem Gemeindetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg vertrete ich hier die Ansicht, dass diese Plausibilitätskriterien außerdem einen erheblichen Eingriff in die kommunale Planungshoheit darstellen, sodass es sich schon von daher für einen Landrat verbietet, die vom Land vorgelegte Zielvereinbarung kommentarlos zu unterschreiben. Allerdings bin ich hier mit dem Regierungspräsidenten in einem - lassen Sie es mich so formulieren: „fruchtbaren Streitgespräch“. Ich hoffe, dass wir zu vernünftigen Ergebnissen kommen.

Zum nächsten Thema: Schon mal erfreulicher war das Thema **Oberschwäbische Elektrizitätswerke**. Viele von Ihnen, meine Damen und Herren, waren bei der Informationsveranstaltung der OEW in Pfullendorf, sodass Sie umfassend informiert sind. Fakt ist, dass unser Unternehmen, die EnBW, durch Umwälzungen auf den Energiemärkten und dort vor allem durch den Verfall der Erzeugerpreise in eine schwierige Situation gekommen ist. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass es den anderen Großen, wie kürzlich der Presse zu entnehmen war, noch schlechter geht und auch die Stadtwerke von dieser Entwicklung nicht verschont bleiben, wie man an den negativen Schlagzeilen über die Stadtwerke Ulm sieht. Ich kann nur hoffen, dass die neue Bundesregierung schleunigst klare Vorgaben beim Gesetz über die erneuerbaren Energien (EEG) macht, um den gesamten Energiemarkt wieder verlässlicher werden zu lassen. Da die Finanzen der OEW fast ausschließlich von der Höhe der EnBW-Dividende abhängen, lässt uns die **schwierige Situation bei der EnBW** nicht unberührt. Trotzdem war es richtig, dass das Land Baden-Württemberg und die OEW der EnBW mit einer Kapitalerhöhung von jeweils 400 Mio. Euro den Rücken gestärkt haben. Damit konnten wir im Gegensatz zur RWE und E.ON das „A-Rating“ halten. Das hat aber auch seinen Preis. Die Verschuldung der OEW liegt im Moment bei 750 Mio. Euro. Was auf den ersten Blick erschreckt, ist aber vor dem Hintergrund der Vermögenslage der OEW durchaus zu schultern.

Es ist trotzdem für die OEW-Gremien und erfreulicherweise auch für die allermeisten Mitglieder der OEW-Kreistage eine Selbstverständlichkeit, dass wir von den kleiner gewordenen Dividenden in aller erster Linie den Schuldendienst bedienen. Dank der vorausschauenden Politik der OEW ist dies aus heutiger Sicht auch in den kommenden Jahren für die OEW problemlos möglich. Beim Land sieht das wohl etwas anders aus. In der Folge heißt dies aber auch, dass die OEW die Ausgaben für die Förderung von Kunst und Kultur zurückfahren mussten und vor allem die Ausschüttung an die Landkreise. Im kommenden Jahr werden es OEW-weit noch 25 Mio. Euro sein. Darauf entfallen **auf den Bodenseekreis 3,9 Mio. Euro** und damit rund 2,5 Mio. Euro weniger als im letzten Jahr. Trotzdem: Wer meine Präsentation aus der letzten Kreistagssitzung noch in Erinnerung hat, weiß, dass diese Ausschüttung noch weit über dem liegt, was beispielsweise vor der Jahrtausendwende an die Landkreise geflossen ist. Unter dem Strich heißt das: es

war schon besser, es war aber auch schon schlechter, also gibt es keinen Grund zur Euphorie, aber auch keinen zu übertriebener Trauer.

Trotz der eher anstrengenden Situation schauen wir in den OEW-Gremien aber nach vorne und suchen **neue, sichere Zukunftschancen**. Zwei Dinge sind in unserem Blickfeld, nämlich zum einen die Breitbandversorgung im ländlichen Raum, was einen echten Mehrwert für die Städte und Gemeinden in den OEW-Landkreisen bedeutet, und zum anderen die Rückenstärkung der EnBW im Gasgeschäft.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei den OEW nicht gejammert, sondern nach vorne geschaut wird und wir aus der Situation das Beste machen.

Lassen Sie mich nun noch einen Blick auf den **Vermögenshaushalt** werfen:

Unter dem Motto „**nachhaltige Entwicklung für die Zukunft**“ wird erneut der **größte Investitionsbrocken im Jahr 2014 der Bereich Bildung und Schulen** sein. Der Kreistag hat bereits die Investitionen in die **Elektronikschule in Tettang** mit einer Größenordnung von rund 2 Mio. Euro beschlossen. Für das **Berufsschulzentrum Friedrichshafen** sind weitere 2,6 Mio. Euro vorgesehen. Eine weitere Schule möchte ich erwähnen, die sonst nicht so direkt im Rampenlicht steht, nämlich die **Sonnenbergschule in Salem**. Dort läuft seit geraumer Zeit mit großartigem Engagement seitens der Schule aber auch der Erzieherinnen in Mimmenhausens Kindergarten ein **Musterbeispiel an Inklusion**: Behinderte Kinder werden den Räumen eines Regelkindergartens der Gemeinde Salem betreut. Nachdem die Gemeinde die bisher genutzten Räumlichkeiten für die eigene Kinderbetreuung braucht, wollen wir hier zusätzlichen Raum schaffen, und zwar beim Kindergarten in Stefansfeld, um so das erfolgreiche Projekt weiterführen zu können. Zum Thema Schulen erwähnen möchte ich aber auch, dass wir eine weitere Rate der **technologischen Erneuerungen der gewerblichen Schulen** in Höhe von einer Viertelmillion Euro eingestellt haben. Das ist der Beginn des vom Kreistag bereits beschlossenen Zehnjahres-Programms. Und wenn wir den Blick über das Jahr 2014 hinaus richten, dann fällt dieser auf das **Bildungszentrum in Markdorf**. Spätestens seit wir das Arbeitsprogramm für den European Energy Award verabschiedet haben, wissen wir, dass auch dieser große Baukomplex zur Sanierung ansteht.

Endlich voran gehen soll es nun auch wieder beim **Kreisstraßenbau**. Ab 2014 wird es wieder Mittel des Landes Baden-Württemberg zur Förderung der Kreisstraßen geben. Allerdings müssen wir heute schon zur Kenntnis nehmen, dass die **Landesförderung erheblich geringer** ausfallen wird, als dies früher der Fall war. Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur hat im Oktober einen Entwurf der Förderrichtlinien nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (Landes-GVFG) vorgelegt. Lag die frühere Maximalförderung bei 65 %, wird es künftig nur noch maximal 50 % der förderfähigen Kosten geben. Außerdem wird es eine Festbetragsfinanzierung als Höchstbetrag geben. Diese und weitere vorgesehene Veränderungen bei der GVFG-Förderung werden dazu führen, dass wir unter dem Strich mit einer **Förderung von allenfalls noch ca. 40 %** rechnen können. Dies bedeutet natürlich erhebliche Mehrbelastungen für den Kreishaushalt. Dennoch bin ich guter Dinge, dass wir im Jahr 2014 - endlich! - mit dem **Bau der Südumfahrung Kehlen** beginnen können. Hierzu dienen ein Haushaltsansatz im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sowie Haushaltsreste aus den vergangenen Jahren. Das sollte reichen, um die Schüttungen für die Rampen des künftigen Schussen-Viadukts

vornehmen zu können. Außerdem wollen wir bei der **Ortsumfahrung Markdorf** endlich zur Umsetzung des jüngst getroffenen Planfeststellungsbeschlusses kommen, **für eine halbe Mio. Euro Radwege** bauen, die **Beläge von Kreisstraßen für 1,6 Mio. Euro** erneuern und wiederum **zwei Brücken** an Kreisstraßen sanieren. Apropos Ortsumfahrung Markdorf: da beklagt die Bürgerinitiative Pro Kluftern, dass zu befürchten ist, dass nach Fertigstellung der neuen B 31 und der Ortsumfahrung Markdorf mehr Verkehr nach Kluftern kommt. Genau deshalb wollen wir ja auch für Kluftern eine Entlastungsstraße. Statt sich aber an dieser Diskussion konstruktiv zu beteiligen, verfolgt man eine Politik der Verhinderung und der Verzögerung. Das ist alles andere als im Interesse der Menschen vor Ort.

Einen weiteren großen Posten im Vermögenshaushalt möchte ich nicht unerwähnt lassen: Aufgrund der nach wie vor **steigenden Zahl von Asylbewerbern** sehen wir für den **Neubau und die Sanierung von Unterkünften rund 1,5 Mio. Euro** vor. Hier hoffen wir auf die Unterstützung unserer Gemeinden in Form von Grundstücken, die uns dafür zur Verfügung gestellt werden. Herzlichen Dank an die Städte Überlingen und Markdorf, die das bereits gemacht haben, danke aber auch an diejenigen Städte und Gemeinden, die Häuser oder Wohnungen an den Landkreis vermietet haben. Stellvertretend für alle möchte ich dabei unsere Kreisstadt Friedrichshafen nennen.

Der eine oder andere von Ihnen wird aber auch einen Posten vermissen, mit dem Sie vielleicht gerechnet haben: Nämlich die **Sanierung des alten Landratsamtes**. Wie der erst jüngst vorgelegte Energiebericht des Bau- und Liegenschaftsamtes gezeigt hat, besteht hier nach wie vor dringender Handlungsbedarf. Allerdings haben wir auch gesehen, dass allein schon die energetische Sanierung ganz erhebliche Eingriffe in das Gebäude mit sich bringen wird. Bei genauerem Hinsehen haben wir auch erkannt, dass erhebliche Investitionen auch im Bereich des Brandschutzes erforderlich sind. Und schließlich erfordern auch das geplante Bürgeramt und die Nutzung des nicht mehr benötigten alten Sitzungssaales weitere Umbauten. Wir werden also mit einem deutlichen zweistelligen Millionenbetrag rechnen müssen, der hier auf uns zukommt, zumal, wenn wir auch noch die hinlänglich bekannte Parkplatzproblematik lösen wollen. Dies alles muss wohl überlegt sein. Die Kreisverwaltung wird daher das Jahr 2014 dazu nutzen, weitere Raumflächenplanungen anzustellen um dann dem - vermutlich neuen - Kreistag eine umfassende Konzeption vorlegen zu können. Mein Wunsch, Bürgeramt, energetische Sanierung und Flächenmanagement in einem großen Wurf zu erledigen, lässt sich damit nicht mehr erfüllen. Ich bin dem Kreistag bzw. dem Ausschuss für Umwelt und Technik aber sehr dankbar, dass er in der vergangenen Sitzung verhältnismäßig bescheidene Mittel freigegeben hat, um im kommenden Jahr wenigstens mit einem „**erweiterten Bürgerservice**“ das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises deutlich verbessern zu können. Die „große Lösung“ des Bürgeramtes wird kommen, aber sie muss eben noch ein Jahr oder vielleicht auch zwei warten.

Vor dem Hintergrund dieser Investitionen hat es Überlegungen bei der Kreisverwaltung gegeben, nicht so **deutlich in den Rücklagentopf** zu greifen, wie wir dies nun tun. **5,8 Mio. Euro werden wir aus den Rücklagen** entnehmen müssen, um den Kreishaushalt ausgleichen und die Gemeinden in der dargestellten Form entlasten zu können. Wir geben heute einiges an die Städte und Gemeinden zurück und hoffen auf der anderen Seite auf die **Solidarität der kommunalen Familie** dann, wenn die großen Investitionen im Landkreis im Bereich des

Straßenbaus und der Sanierung des alten Landratsamtes in den kommenden Jahren anstehen.

Unter dem Strich glaube ich, dass wir Ihnen einen **ausgewogenen Haushalt** vorlegen können, der vielleicht nicht alle Wünsche befriedigt, aber doch eine gute Grundlage für die weitere Arbeit im Landkreis darstellt. Mit der klaren Orientierung auf die Bildungs- und Infrastrukturpolitik trägt der Landkreis damit gerne seinen Teil der Verantwortung dafür, dass der **Bodenseekreis seinen Spitzenplatz** wie in der gerade veröffentlichten Prognos-Studie behält. Die Mitglieder des Kreistages können sich mit diesem Haushalt, aber auch mit den Investitionen und dem Schuldenabbau der vergangenen Jahre im anstehenden Kommunalwahlkampf wirklich sehen lassen. Ich bin dankbar für das gute Miteinander zwischen Kreistag und Kreisverwaltung und möchte mich dafür bei Ihnen sehr herzlich bedanken. Danken möchte ich aber auch unserem Kreiskämmerer Uwe Herrmanns und seinem gesamten Team mit dem neuen Amtsleiter Dominik Männle an der Spitze für die fundierte Arbeit, die zu dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf geführt hat. Ich danke aber auch den Dezernenten, Amtsleitern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, dass sie aktiv an der Linie des Hauses mitziehen und jeder Einzelne damit seinen Teil dazu beiträgt, dass der Bodenseekreis so gut dasteht, wie er es tut.

In diesem Sinne freue ich mich auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Friedrichshafen, 19. November 2013

Lothar Wölfle